

STELLUNGNAHME DER STRASSENBAUVERWALTUNG

Name des Betroffenen bzw. **Stadt Karlsruhe**
 Bezeichnung der Dienststelle
 oder Firma
 Wohnort bzw. Dienst- oder **Karlsruhe**
 Firmensitz
 Grundstück Flst. Nr.
 Gemarkung

zu Seite und Abs.	Stellungnahme
S. 2, Geh- u. Radweg sowie Erholungspunkt im Bereich Pionierhafen	<p>Die 7 m breite Zufahrt zum Pionierhafen ist erforderlich, um weiterhin Großtransporte zum Werksgelände der MiRO durchführen zu können.</p> <p>Der Unternehmensträger teilt nicht die Auffassung der Stadt Karlsruhe, dass durch die Errichtung der neuen Dammscharte im Bereich des vorhandenen Radwegs nicht vertretbare Überschneidungen von Kfz-Verkehr und Radverkehr bzw. Fußgängerverkehr entstehen. Es sind keine Ziele vorhanden, die ein höheres Kfz- oder Radverkehrsaufkommen erwarten lassen. Es war sogar Ziel der Planung durch die gemeinsame Nutzung der geplanten Verkehrsflächen sowie die Schließung der vorhandenen Dammscharte und Rekultivierung der vorhandenen Zuwegung den Landschaftsverbrauch und die Versiegelung zu reduzieren. Darüber hinaus kann die Nutzung der Zufahrt auf einen Kreis von Berechtigten beschränkt werden.</p>
S. 3, Abs. 3, Dammverschluss	Die Unterhaltung der geschlossenen Dammscharte erfolgt durch den Träger des beidseits bereits vorhandenen Dammes, dem Referat 53.2 des Regierungspräsidiums Karlsruhe.
S. 3, Abs. 5, Waldinanspruchnahme	Die durch die Planänderung bewirkte dauerhafte Waldinanspruchnahme ist – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr gering (ca. 2.500 m ² - bei einer Gesamtinanspruchnahme von ca. 6,6 ha)
S. 3, Abs. 6, Zufahrt zum Pionierhafen während der Bauzeit.	Die alte Dammscharte wird erst nach Fertigstellung der neuen Dammscharte geschlossen. Daher ist während der Bauzeit die Zufahrt zum Pionierhafen über die bestehende Dammscharte weiter möglich. Dennoch sollte die ständige Erreichbarkeit des Pionierhafens für Feuerwehrfahrzeuge bis 26 t als Maßgabe in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen werden.
S. 4, Ergänzung der Natura-2000-Vorprüfung	Durch die Planänderung erfolgt keine flächenhafte Inanspruchnahme im FFH-Gebiet; die angrenzende Damm-/Straßenböschung, die im Managementplan als "Magere Flachland-Mähwiese" kartiert wurde wird flächenmäßig nicht tangiert. Diese Wiese erstreckt sich entlang einer stark frequentierten Straße; durch die Zufahrt zum Pionierhafen wird die Belastung nicht signifikant erhöht.

S. 4, "alte Fauna-Daten"	Aufgrund der durch die Planänderung – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr geringen zusätzlichen Flächeninanspruchnahme ist die Verwendung der vorhandenen Daten u.E. fachlich ausreichend.
S. 4, korrekt wäre eine Aktualisierung der Artenschutzprüfung	Aufgrund der durch die Planänderung – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr geringen Änderungen wurde auf eine Aktualisierung der Artenschutzprüfung verzichtet
S. 4, Biotopverlust ist nicht bilanziert sondern vage verbal beschrieben	Die durch die Planänderung bewirkte dauerhafte Flächeninanspruchnahme ist – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr gering. Weiteres dazu s.u.
	Planänderung 1
S. 5, fehlende Transparenz der Eingriffsbilanzierung	Die durch die Planänderung bewirkte dauerhafte Waldinanspruchnahme ist – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr gering: Waldinanspruchnahme ca.: 1.400 m ² Inanspruchnahme Wiesenflächen: 2.500 m ²
S. 5, A 1: es wurde keine quantitative Darstellung einer Entsiegelungsfläche der Versiegelung gegenübergestellt	Die (zusätzliche) Entsiegelungsfläche beträgt ca.: 400 m ²
S. 5, A1: Reptilienlebensräume im Zuge A1 werden abgelehnt	s. Stellungnahme zu A2
S. 5, A2: Lesesteinhaufen sind landschaftsuntypische Elemente, Verwendung von Wasserbausteinen wird empfohlen	Im Rahmen der Ausführungsplanung kann die Verwendung von Wasserbausteinen und die Integration in vorhandene Dämme berücksichtigt werden. Die Maßnahme wird im Rahmen der Ausführungsplanung weitergehend mit der Stadt KA abgestimmt.
S. 5, G1: statt Landschaftsrasen soll autochtones (möglichst in KA gewonnenes) Saatgut verwendet werden	Die Verwendung von autochtonem Saatgut wird zugesagt.

S. 5, S3: das Abfangen und Umsiedeln von Eidechsen ist zu ungenau beschrieben	Es wird zugesagt, dass das Abfangen und Umsiedeln von einem entsprechend versierten Herpetologen durchgeführt wird.
S. 6, es wird ökol. Baubegleitung durch ein fledermauskundige Fachperson gefordert	Die entsprechende Baubegleitung wird zugesagt.
	Planänderung 2
S. 6, fehlende Transparenz der Eingriffsbilanzierung	Die durch die Planänderung bewirkte dauerhafte Waldinanspruchnahme ist – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr gering: Waldinanspruchnahme ca.: 1.100 m ² Röhrichtfläche: 160 m ² Zudem kann durch die Planänderung eine ursprünglich geplante Gehölzanpflanzung von ca. 1.100 m ² nicht realisiert werden; anstelle derer wird eine entsprechend große Ruderalfläche (auf der Versorgungsleitung) entwickelt.
S. 6, G1: statt Landschaftsrassen soll autochtones (möglichst in KA gewonnenes) Saatgut verwendet werden	Die Verwendung von autochtonem Saatgut wird zugesagt.
S. 6, S3: das Abfangen und Umsiedeln von Eidechsen ist zu ungenau beschrieben	Es wird zugesagt, dass das Abfangen und Umsiedeln von einem entsprechend versierten Herpetologen durchgeführt wird.
	Planänderung 3
S. 6, fehlende Transparenz der Eingriffsbilanzierung	Die durch die Planänderung bewirkte dauerhafte Flächeninanspruchnahme ist – im Verhältnis zum Gesamtvorhaben – sehr gering: Ackerfläche ca.: 1.300 m ² Wiesenfläche: 20 m ²
S. 6, G1: statt Landschaftsrassen soll autochtones (möglichst in KA gewonnenes) Saatgut verwendet werden	Die Verwendung von autochtonem Saatgut wird zugesagt.

	Bodenschutz, Altlasten
S. 7, es fehlt eine Bodenfunktionsbewertung der betroffenen Böden	Die Arbeitshilfe "Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung" ist mit UM Schreiben an die RP / Untere Bodenschutzbehörden (30.06.06) mit der grundsätzlichen Einschränkung erlassen worden, dass für Planfeststellungsverfahren im Straßenbau noch Ergänzungen und Präzisierungen erarbeitet werden müssen, die aber nie formuliert wurden. Die SBV wurde im Hinblick auf die "Arbeitshilfe Boden" vom IM angewiesen, generell bei Straßenplanungen diese nicht anzuwenden
S. 7, es wird keine Beschreibung zur Wiederherstellung von entsiegelten Flächen vorgelegt	Die Entsiegelungsmaßnahmen sind im Maßnahmenblatt zur Maßnahme A1 ausführlich beschrieben.
S. 7, maßgebende Kompensation für Boden wird nicht angegeben	Durch diese Planänderungen ergibt sich keine signifikante Erhöhung des Konfliktpotentials der Gesamtbaumaßnahme. Da der Umfang des geplanten Kompensationskonzeptes – aufgrund artenschutzrechtlich notwendiger Maßnahmen – relativ hoch ist, können die zusätzlichen Funktionsverluste durch die Herstellung der neuen Zufahrt am Pionierhafen im Rahmen der vorgesehenen Maßnahmen ausgeglichen werden.
	Wasserrecht
S. 8, Wasserrecht	Die neue Dammscharte ist in Lage und Höhenverlauf in den Planunterlagen dargestellt. Die Referat 53.1 und 53.2 des Regierungspräsidiums Karlsruhe als Träger der Ausbau- und Unterhaltungslast haben in ihrer Stellungnahme vom 23.03.2015 keine Bedenken gegen die Errichtung der neuen Dammscharte angemeldet. Bemängelt wurde lediglich die ungenügende Planungstiefe der Maßnahme. Der Unternehmensträger sagt zu vor Bauausführung detaillierte Ausführungspläne den o. g. Referaten zur Abstimmung und Genehmigung vor zu legen.